

Der Grosse Rat setzte dem **Balanceakt** zwischen Denkmalschutz und Förderung von Solarenergie ein Ende.

MARTIN RUETSCHI/KEYSTONE

Denkmalpflege ausgehebelt

Auch auf erhaltenen Baudenkmalern dürfen künftig **Solaranlagen** ohne Bewilligung installiert werden

Für einmal waren es die Bürgerlichen, die sich für die Solarenergie stark machten. Eigentlich wollten FDP und SVP aber vor allem der Denkmalpflege eins auswischen.

RETO WISSMANN

Die Verhandlungen mit der Denkmalpflege hätten ihn schon Hunderte von Stunden gekostet, sagte Josef Jenni gestern im Grosse Rat. Der EVP-Parlamentarier aus Oberburg muss es wissen. Seit dreissig Jahren beschäftigt er sich mit Solarenergie und führt heute das nach eigenen Angaben landesweit grösste Unternehmen der Branche. Seit letztem Jahr ist Jenni Mitglied des Kantonsparlaments und

setzt sich politisch für die Nutzung der Sonnenkraft ein. Sein neuester Vorstoss fordert die Regierung auf, dafür zu sorgen, dass künftig die Nutzung von erneuerbaren Energien höher gewichtet wird als die Interessen der Denkmalpflege. Auch auf erhaltenen Gebäuden soll die Installation von Solaranlagen bewilligungsfrei sein. Ausserdem dürften Solaranlagen nicht

länger als «architektonisch störende oder unschöne Elemente» betrachtet werden, so Jenni. «Ich würde lange genug als Ortsbildverschandler verschrien.»

Uneingeschränkte Unterstützung erhielt Jenni von SVP und FDP. Den Bürgerlichen ging es aber weniger um die Förderung der alternativen Energien als um die Beschränkung des Einflusses der

Denkmalpflege. Auf dem Land habe man schon manches Hühnchen mit der Denkmalpflege gerupft, sagte Hans Grunder (svp, Hasle-Rüegsau). Man sei es leid, dass diese sinnvolle Projekte verhindere. Die FDP vertrat dieselbe Meinung: «Die Denkmalpflege muss höher gewichtet werden als die rückwärts gerichteten Interessen der Denkmalpflege», sagte Erwin Sommer (Melchnau). Ins selbe Horn stiess auch die EVP: «Die Nutzung der Sonnenenergie muss höher gewichtet werden als die rückwärts gerichteten Interessen der Denkmalpflege», sagte Erwin Sommer (Melchnau).

Jennis Vorstoss, der zwei linke Anliegen gegeneinander ausspielt, brachte SP und Grüne in die Zwickmühle. Es sei tendenziös, die Denkmalpflege als «Denkmalvogt» darzustellen, sagte Thomas Heuberger (grüne, Oberhofen). Und Ueli Arm

(sp, Burgdorf) ergänzte: Man dürfe nicht einseitig ein Anliegen über alles stellen, sondern müsse im Dialog gute Lösungen finden. SP und Grüne wollten die Forderung nur als unverbindliches Postulat überweisen.

«Nicht nur Ökologie ist wichtig»

Dies wäre auch dem zuständigen Regierungsrat gelegen gekommen. «Ich bin bereit, das Problem anzupacken und eine sinnvolle Lösung zu suchen», sagte Bernhard Pulver. Man müsse aber ein Gleichgewicht zwischen den Interessen finden. «Nicht nur die Ökologie ist wichtig», sagte der Grüne.

Seine Appelle stiessen bei den Bürgerlichen jedoch auf taube Ohren. Zusammen mit EVP und EDU überwies sie alle Punkte der Motion mit Dreiviertelmehrheit.

WANN BRAUCHTS EINE BEWILLIGUNG?

Heute sind Solaranlagen auf **Schutzobjekten und in Schutzgebieten** bewilligungspflichtig. Laut Regierung fallen darunter **7,5 Prozent der Gebäude** im Kanton Bern und **10 Prozent des eingezonten Baugebiets**. Den Bauentscheid fällt die zuständige **Bewilligungsbehörde**, also meist die

Gemeinde. Die Denkmalpflege hat **kein Weisungsrecht**, sondern gibt lediglich Empfehlungen ab.

Auf den übrigen Gebäuden ist die Installation von Solaranlagen bewilligungsfrei, es müssen jedoch die **Empfehlungen zu Auswahl und Anordnung von Energiekollektoren** berücksichtigt werden. (rw)

KURZ

«Fête de la Musique» in den Gemeinden

KANTON BERN Am 21. Juni wird in verschiedenen Gemeinden des Kantons Bern die «Fête de la Musique» gefeiert. Gemeinden, Musikschulen, Musik- und Gesangsvereine führen musikalische Aktivitäten durch. Die Idee einer öffentlichen Manifestation für die Musik am längsten Tag des Jahres ging von Frankreich aus. In der Schweiz hat die Tradition vor allem im französischen Teil Fuss gefasst. Ein Patronatskomitee unter dem Vorsitz der beiden Regierungsräte Werner Luginbühl (svp) und Bernhard Pulver (grüne) setzt sich für die Verbreitung im ganzen Kanton ein. Dem Aufruf sind gegen 50 Gemeinden gefolgt. Informationen unter: www.fetedelamusique.ch. (pd)

Preise für Berner Schulprojekte mit Herz

ADELBODEN/EVILARD Die Primarschule Adelboden und zwei Klassen aus Evilard bei Biel haben beim nationalen Schulwettbewerb «x-hoch-herz» des Migros-Kulturprozent je einen Preis gewonnen. Die Adelbodner haben zusammen mit der Heilpädagogischen Schule Frutigen einen Zirkus organisiert. Und die Kinder aus Evilard haben im Altersheim zwei Anlässe für die Bewohner durchgeführt. Insgesamt wurden 110 Projekte eingereicht. Ziel des Wettbewerbs ist, Schülerinnen und Schüler für Freiwilligenarbeit zu begeistern. (pd)

Politische Schulbildung wird gestärkt

STAATSKUNDE Das Wissen um das politische System der Schweiz ist offenbar nicht nur bei den Jugendlichen bescheiden. Offen und ehrlich gestand gestern beispielsweise der 47-jährige EVP-Grossrat Erwin Sommer ein, seine politische Bildung habe erst vor fünf Jahren bei der Vereidigung im Kantonsparlament begonnen. «Vorher wusste ich nicht, wie ein Proporzwahlssystem funktioniert», sagte Sommer, der immerhin Lehrer und Schulleiter in Melchnau ist.

Um das Defizit zu beheben, will der Grosse Rat bei den Kindern und Jugendlichen ansetzen. Nachdem er sich letzte Woche für die Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 16 Jahre ausgesprochen hat, entschied er gestern, die politische Bildung in der Schule zu stärken. «Stimmrechtsalter 16 macht nur Sinn, wenn gleichzeitig die politische Schulbildung verbessert wird», sagte Nadine Masshardt (sp, Langenthal), Urheberin der Forderung nach tieferem Stimmrechtsalter.

«Den Jungen muss gezeigt werden, dass die Politik ihr Leben massgeblich prägt», sagte Anna Coninx im Namen der Grünen. Die Jugendlichen müssten lernen, wie das System funktioniert und wie sie Einfluss nehmen könnten. Auch die SVP forderte, dass den Ju-

gendlichen künftig in einem «lebendigen und praxisnahen Unterricht» das politische System näher gebracht werden soll. Zudem müsse die Ausbildung der Lehrkräfte verbessert werden.

«Kein Grund zu resignieren»

Bereits heute sei die politische Bildung Teil des Lehrplans, sagte Fritz Indermühle (sp, Schwarzenburg). Dennoch sei das Wissen der Schüler am Ende ihrer Schulzeit ungenügend, daher bestehe Handlungsbedarf. Marianne Streiff (evp, Oberwangen) sah die Hauptursache des mangelhaften Wissens in der Interessenlosigkeit der Jugendlichen. «Das ist aber kein Grund zu resignieren.»

Der Grosse Rat verabschiedete schliesslich die Motion von Erwin Sommer (evp, Melchnau). Er forderte die Regierung auf, «geeignete Massnahmen zu treffen, dass Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Ausbildungszeit über das nötige politische Basiswissen verfügen». Einzig die FDP stellte sich mit dem Argument dagegen, es werde schon genug gemacht. Einstimmig sagte das Parlament zudem Ja zum Postulat von Nadine Masshardt. Sie verlangte darin, dass politische Bildung zu einem festen Bestandteil der Lehrerbildung werde. (rw)

Krippen werden keine KMU

KINDERBETREUUNG «Kinderbetreuungsstätten müssen vom staatlichen Gängelband befreit und wie KMU behandelt werden», sagte FDP-Grossrätin Brigitte Bolli gestern. In einer Motion forderte sie verschiedene Änderungen, um dieses Ziel zu erreichen. Die Mehrheit des Grossen Rates wollte jedoch von einer Liberalisierung der Kinderbetreuung nichts wissen. Lediglich der Vereinfachung der Bewilligungspraxis von neuen Krippen stimmte der Rat zu.

Das heutige System verhindere den Ausbau des Angebots, sagte Bolli. Zudem schafften die vom Staat vorgegebenen einkommensabhängigen Elterntarife falsche Anreize. Das zusätzliche Einkommen von Eltern, die mehr arbeiten, werde durch höhere Tarife wieder weggefressen. Bolli forderte daher Autonomie für die Kitas bei der Tarifgestaltung. EVP, Grüne und SP wollten davon nichts wissen und betonten, dass die Krippen nicht nur eine wirtschaftspolitische, sondern auch eine sozialpolitische Aufgabe erfüllen. «Krippen dürfen nicht nur für den gut ausgebildeten Mittelstand erschwinglich sein», sagte Blaise Kropf (grüne). SP-Sprecherin Margreth Schär ergänzte, alle Versuche, die Wirtschaft zur Schaffung von zusätzlichen Krippenplätzen zu bewegen, seien bisher gescheitert. (tw)

Keine Gutscheine

GROSSER RAT In einer weiteren Motion aus ihrer Vorstoss-Serie «Liberalere Lösungen für den Kanton Bern» forderte die FDP Bildungsgutscheine in der Weiterbildung. Erfolgrlos. Der Vorstoss wurde mit 102 zu 22 Stimmen abgelehnt.

Die Bildungsgutscheine sollten die heutige Programmförderung ablösen, hatte Motionärin Brigitte Bolli (Bern) erklärt. Dadurch komme ein Wettbewerb in Gang, der zu besseren Angeboten führe.

Die Regierung verwies darauf, dass man mit dem Anfang 2006 eingeführten Gesetz über Berufsbildung und Weiterbildung noch zu wenig Erfahrung sammeln konnte. So kurz nach dem Inkrafttreten des Gesetzes sei ein Wechsel des Systems nicht sinnvoll. Zudem seien Gutscheine mit beträchtlichem administrativem Aufwand verbunden.

Dieser Meinung schloss sich die Mehrheit des Rats an. Die Weiterbildungsinstitutionen befänden sich bereits in einem Wettbewerb, wurde erklärt. Erziehungsdirektor Bernhard Pulver sagte, im Sinne der Motion werde an der Vereinfachung der Vorschriften gearbeitet. Ein Systemwechsel überzeuge jedoch nicht. Für das Ziel der Förderung Benachteiligter seien die Gutscheine kontraproduktiv, wie die Erfahrungen des Kantons Genf zum Teil belegten. (sda)

KURZ

Brüssel-Reise kostete 19 269 Franken

REGIERUNGSRAT Im April reiste der Regierungsrat des Kantons Bern in corpore für einen dreitägigen Arbeitsbesuch nach Brüssel. In der gestrigen Fragestunde wollte SVP-Grossrat Thomas Fuchs nun wissen, was die Reise gekostet hat. Die Antwort von Finanzdirektor Urs Gasche (svp): 19 269 Franken, all inclusive. Fuchs wollte zudem wissen, ob es nicht zu riskant sei, wenn der gesamte Regierungsrat im gleichen Flugzeug fliege. Dem Bundesrat wäre dies zum Beispiel verboten. Gasche: «Wir fliegen selten, und das Unfallrisiko ist sehr gering.» (rw)

Kantonsgeld für Alpines Museum und Ballenberg

GROSSER RAT Das Kantonsparlament hat kantonale Beiträge an zwei kulturelle Institutionen ohne Opposition bewilligt. Das Alpine Museum in Bern und das Freilichtmuseum Ballenberg bei Brienz können bis 2011 mit einem Kantonsbeitrag rechnen. Für das Alpine Museum bewilligte der Grosse Rat für 2008 einen Beitrag von 462 000 Franken, von 2009 bis 2011 sind es 520 000 Franken pro Jahr. An das Freilichtmuseum Ballenberg gehen jedes Jahr 605 000 Franken. (sda)

Universität bietet Berndeutschkurs an

SPRACHE Die Abteilung für angewandte Linguistik der Universität Bern bietet einen Berndeutschkurs für Studierende und weitere Interessierte an. Da die Kommunikation auch unter Studierenden auf Berndeutsch verlaufe, liege der Schwerpunkt «auf dem Hörverstehen», schreibt die Universität Bern in einer Medienmitteilung. Der Kurs sei praxisnah und kommunikativ, das Sprechen werde mit einfachen Sätzen und Strukturen geübt. (Mehr Informationen auf www.aal.unibe.ch). (pd)

Stägmattbrücke wird wieder aufgebaut

LÜTSCHENTAL Der Regierungsrat hat für die Wiederherstellung der Kantonsstrasse zwischen Zwiöltschinen und Grindelwald einen Kredit von 11,7 Millionen Franken aus dem Rahmenkredit Hochwasser bewilligt. Die Gesamtkosten inklusive der bereits realisierten Sofortmassnahmen belaufen sich auf rund 15,3 Millionen Franken. Bereits früher hatte die Regierung davon 3,5 Millionen Franken bewilligt. Die neun Kilometer lange Kantonsstrasse wurde durch das Unwetter vom August 2005 stark beschädigt. Insbesondere wurde die Stägmattbrücke in Lüschtal von den Fluten weggerissen. Der Kanton hat eine Notumfahrung und eine Notbrücke erstellt. Nun soll die Stägmattbrücke an einem neuen und vor Hochwasser besser geschützten Ort wieder aufgebaut werden. (aid)

Selbsthilfzentrum an neuem Standort

BERN Für das Selbsthilfzentrum des Kantons Bern besteht neu ein Leistungsvertrag mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern. Dieser Leistungsvertrag ermöglicht dem Selbsthilfzentrum einen neuen Standort in Bern zu eröffnen, wie das Zentrum mitteilt. Die neuen Räume befinden sich am Bollwerk 41 in der Stadt Bern. Die Eröffnung des Zentrums findet am 28. Juni von 10 bis 12 Uhr statt. (pd)

Bahnlinien im Berner Jura überschwemmt

UNWETTER Die SBB-Linien Sonceboz-Courtelay und Sonceboz-Tavannes im Berner Jura sind gestern Abend um 17.30 Uhr wegen Überschwemmungen unterbrochen worden. Wie die SBB mitteilten, verkehrten auf den betroffenen Strecken Ersatzbusse. Die Dauer des Unterbruchs war vorerst nicht bekannt. (ap)